

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Anton Mahdalik (FPÖ), Wolfgang Irschik (FPÖ) und Wolfgang Kieslich (KU) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Innovation, Stadtplanung und Mobilität) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Klimakleber ohne Führerschein

Die Berufsaktivisten, die den Wiener Frühverkehr durch gezielte Störaktionen immer öfter zum Erliegen bringen, sind nicht „die“ sondern das Letzte der Generation, da sie bewusst Arbeitsplätze gefährden. Sie selbst kommen ja nicht in die Situation einem Arbeitgeber Rechenschaft über das Zuspätkommen oder das stundenlange Fernbleiben vom Arbeitsplatz ablegen zu müssen. Oftmals wird auch der lebensrettende Weg für Einsatzfahrzeuge blockiert, welcher bereits Menschenleben gefordert hat.

Immer öfter werden nun Kraftfahrzeuge missbraucht, um diese Störaktionen zu starten bzw. an den Blockadeort zu gelangen. Diese Schizophrenie darf nicht unbeachtet und ohne Sanktionen bleiben. Daher sollte nach Identitätsfeststellung und auf freien Fuß setzen ein weiterer Schritt forciert werden: Entzug der Lenkberechtigung bzw. Sperre einer Lenkberechtigung zu erhalten.

Die Grundlage ist u.a. das Führerscheingesetz.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung im Speziellen den Bundesminister für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie auf, dem Nationalrat eine Novellierung der einschlägigen Rechtsgrundlage wie z.B. die Straßenverkehrsordnung, das Führerscheingesetz u.a. vorzulegen, in der das gesetzwidrige Verhalten, welche die Verkehrssicherheit aufgrund künstlich erzeugter Staus (z.B. durch unangemeldete Demonstrationen der „Klimakleber“) verursacht, Auswirkung auf den Besitz bzw. den Erhalt einer Lenkberechtigung nach sich zieht.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

